

spotlight europe

2013/03 — März 2013

Europäische Union und Russland am Scheideweg

Iris Kempe

American Institute for contemporary German Studies, kempe.iris@gmail.com

Cornelius Ochmann

Bertelsmann Stiftung, cornelius.ochmann@bertelsmann-stiftung.de

Die EU und Russland sind strategische Partner – durch ihre geographische Lage, ihre gemeinsame Geschichte, durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Verpflichtungen. Aktuell stehen die Beziehungen der EU zu Russland unter Innovationsdruck. Das Handlungspotenzial der EU ist angeschlagen durch die Finanzkrise, die sich zu einer Krise der politischen Integration der Union entwickelt hat. Daher hängt das Verhältnis der EU zu Russland von deren Krisenüberwindung und Reformfähigkeit ab.

spotlight europe # 2013/03

Die Russland-Politik der EU-Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen ist von der Rhetorik der Modernisierungspartnerschaften dominiert. Europa ist an einem Garanten für Sicherheit und an verlässlichen Energielieferanten interessiert. Es gilt zu prüfen, inwieweit das heutige Russland den europäischen Werten und Normen noch gerecht wird und in welcher Form die europäische Politik auf die aktuellen Entwicklungen reagieren kann.

Ausgangsbedingungen für die Beziehungen zwischen der EU und Russland sind einerseits die Krise der europäischen Integration, andererseits die demokratischen Defizite Russlands. Formal manifestiert das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aus dem Jahr 1997 die bilateralen Beziehungen. Es verlängert sich zwar auf jährlicher Basis, entspricht jedoch

nicht mehr den politischen Realitäten. Der ergebnislose EU-Russland-Gipfel im Dezember 2012 hat dies allen Akteuren vor Augen geführt. Seit sieben Jahren sind beide Seiten aufgefordert, ein neues bilaterales Abkommen auszuarbeiten und anschließend zu ratifizieren. Zuvor gilt es jedoch, Grundsatzfragen zu klären und, basierend auf dieser Analyse, neue Wege der Kooperation zu entwickeln.

Russland als europäischer Partner

Die Wiederwahl Wladimir Putins zum Präsidenten Russlands im Mai 2012 ist ein Signal für die künftige Entwicklung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft des Landes. Russland ist

aufgrund seines Öl- und Gasreichtums in einer starken wirtschaftlichen Position. Was jedoch den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft angeht, liegt vieles im Argen: Im Bertelsmann Transformationsindex 2012 nimmt das Land Platz 99 von insgesamt 128 Staaten für sein Transformationsmanagement ein. Russland zu einem nachhaltig modernen Land zu gestalten, bleibt eine Aufgabe für die russische Gesellschaft ebenso wie für seine europäischen Partner.

Die medialen Beiträge Putins vor den Wahlen verdeutlichen, dass für ihn die Modernisierung nur mithilfe eines einflussreichen russischen Staates und eines technologischen Durchbruchs gelingen kann. Die Auseinandersetzung mit der künftigen Entwicklung Russlands ist zu einer nationalen Aufgabe geworden. Inhaltlich haben sich dazu mehrere Expertengruppen geäußert. Anhänger von Dmitrij Medwedew, dem früheren Präsidenten und derzeitigen

Ministerpräsidenten, haben den Begriff der Modernisierung weitergedacht. Demnach trägt die Gesellschaft die Entwicklung des Landes. Nur durch bürgerliches Engagement und politische Mitwirkung entstehen ein leistungsfähiger Mittelstand, Föderalismus und Rechtsstaat. Die Leistungsfähigkeit des Staates für seine Bürger misst sich auch am Bildungssystem, an der Gesundheitsversorgung und an der Absicherung gegen Armut.

Putin trägt dieses Konzept allerdings nicht mehr mit. Die Untersuchung „Strategic Global Outlook: 2030“ unter Leitung von Alexander Dynkin vom Institut für Weltwirtschaft der Russischen Akademie der Wissenschaften verbindet die globale wirtschaftliche Entwicklung mit der Prognose der internationalen Sicherheitspolitik. Ein Team russischer Wissenschaftler untersucht darin Ideologie, Verwaltung, Weltwirtschaft, soziale Entwicklung, weltweite Sicherheitspolitik sowie die Rolle globaler Akteure wie der USA, der Europäischen Union, Asien, Afrika und Lateinamerika. Ziel der Untersuchung war es, den Einfluss der globalen Akteure auf Russland zu bestimmen. Russland als Akteur betrachten die Autoren nur sehr kurz im abschließenden Kapitel auf weniger als zehn Seiten.

Maria Lipmann und Nikolay Petrov vom Carnegie Zentrum Moskau haben die Untersuchung „Russia in 2020: Scenarios for the Future“ geleitet. Im Gegensatz zum Projekt Dynkins und der Expertengruppe Medwedews sind die Zukunftsszenarien aus dem Carnegie Zentrum systemkritisch am transatlantischen Diskurs orientiert.

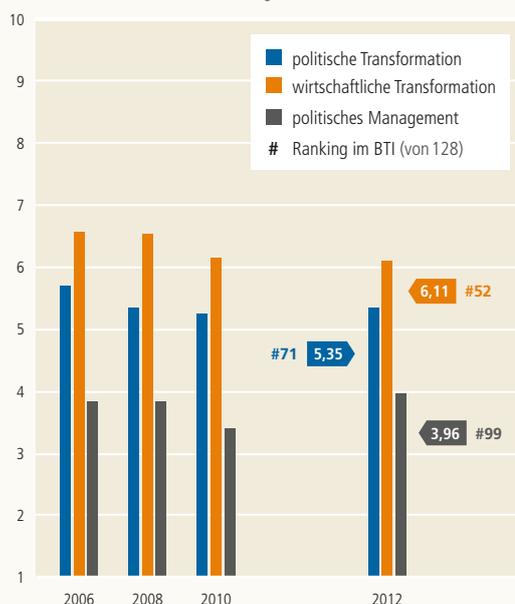
1. Modernisierung als innenpolitische Aufgabe des Systems Putin

Seit den Parlamentswahlen im Dezember 2011 hat sich die Modernisierungsdebatte in Russland auch politisch zugespitzt. Zunächst führten Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 und die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung zu öffentlichen Protesten. Im Sommer 2012 protestierte die russische Bevölkerung gegen Einschränkungen der Tätigkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Im Januar 2013 demonstrier-

Russland im Bertelsmann Transformationsindex

BTI 2006 bis 2012

Skala: 1 (schlechteste) bis 10 (beste Wertung)



Der Transformationsindex (BTI) vergleicht einzelne Staaten in unterschiedlichen Kategorien, und bewertet dabei den absichtsvoll politisch gestalteten Wandel zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Quelle: BTI 2012, bti-project.org

© Bertelsmann Stiftung

ten die Einwohner Moskaus gegen das Verbot der russischen Regierung zur Adoption russischer Kinder durch amerikanische Staatsbürger. Bisher ist es nicht gelungen, den Unmut der Bevölkerung durch modernes Regierungshandeln zu besänftigen.

Wiederholt gibt es Kundgebungen gegen die Regierung in Moskau und St. Petersburg, aber auch in den regionalen Zentren des Landes. Allerdings fehlen bislang charismatische Persönlichkeiten, die den Protest anführen. Die Demonstranten kritisieren die Regierung, rufen nach freien Wahlen und fordern die Bekämpfung der Korruption. Konzepte gibt es kaum; trotzdem bleiben die Proteste eine Herausforderung für die Legitimation und die Leistungsfähigkeit des Systems Putin.

Gegen die Proteste reagierte das System bisher mit restriktiven Methoden. Vor der Sommerpause 2012 hat das mehrheitlich mit Protagonisten Putins besetzte russische Parlament (Duma) im Eilverfahren eine Reihe von Gesetzen erlassen, die sich gegen zivilgesellschaftliche Aktivitäten richten. Russische Nichtregierungsorganisationen, die mit westlichen Geldern finanziert werden, sind nun bei ihrer inhaltlichen und Finanzberichterstattung unter besondere Kontrollmaßnahmen gestellt. Außerdem müssen sie sich laut Gesetz als „Agenten des Westens“ bezeichnen. Gleichzeitig ging die

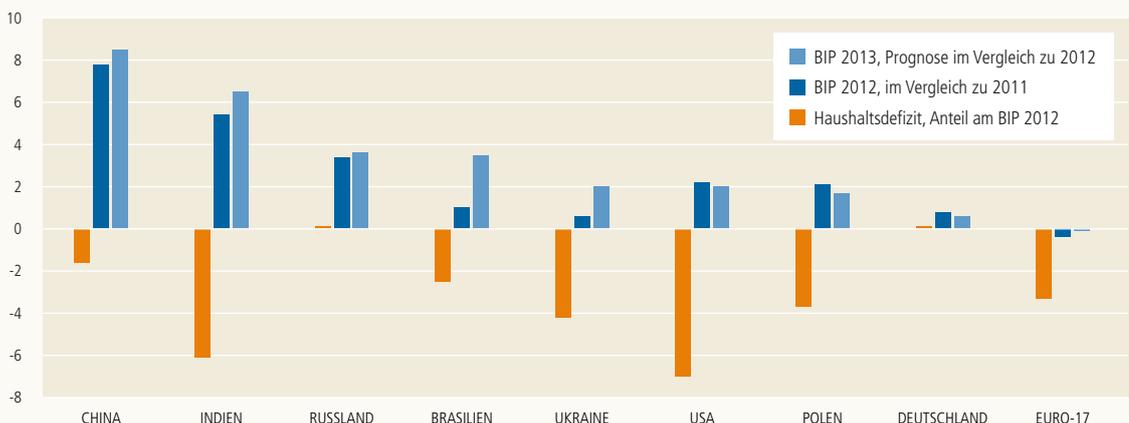
russische Justiz restriktiv gegen die feministische Punk-Band Pussy Riot und gegen Alexey Navalny, einen der Anführer des Protests, vor. Untätig blieb die russische Administration dagegen bei der Flutkatastrophe im Juli 2012, bei der in der nordkaukasischen Stadt Krimsk 170 Menschen starben. Hier mussten die Menschen selbst mit den Folgen der Naturkatastrophe fertig werden. Innenpolitisch versucht das System Putin, ein autokratisches Machtsystem zu manifestieren und den Protesten und demokratischen Bestrebungen der Gesellschaft mit restriktiven Methoden entgegenzuwirken.

Was das Wirtschaftswachstum Russlands angeht, so zeigen die aktuellen Prognosen eine Verlangsamung und Stagnation. Das Wachstum des russischen Bruttosozialprodukts wird für 2013 und 2014 auf maximal 3,7 Prozent prognostiziert. Solange die russische Wirtschaft zumindest minimal wächst, die sozialen Leistungen für die breiten Bevölkerungsschichten erfüllt werden und keine personelle Alternative zu Putin sichtbar ist, ist mit einer auf das ganze Land ausgeweitete Protestwelle nicht zu rechnen.

Wie sich die Lage im Falle einer wirtschaftlichen und finanziellen Krise entwickeln würde, ist unter den gegenwärtigen Umständen schwer vorauszusagen. In einer Sondersitzung der russischen Regierung am 31. Januar 2013 machte Putin deutlich, dass seine Administration in

Russland im Vergleich mit anderen Staaten

Alle Angaben in Prozent



Quelle: The Economist, www.economist.com

© Bertelsmann Stiftung

den nächsten fünf Jahren die Schlüsselrolle bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes hat.

2. Globale Ziele

Außenpolitisch hat Russland im zurückliegenden Jahr zwei Prioritäten verfolgt: die Bestrebungen, ein wirtschaftlich globaler Akteur zu werden und die Beeinflussung seiner unmittelbaren Nachbarstaaten. Die globalen Bestrebungen Russlands werden sichtbar durch die Mitgliedschaft des Landes in der G20, der G8, am Beitritt zur WTO, an den Bestrebungen zum OECD-Beitritt und am Status als BRICS-Staat. Der gemeinsame Nenner dieser Formate sind wirtschaftliche Interessen; gemeinsame Werte spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

Russland strebt auch nach einer gleichberechtigten Rolle als globaler Partner. Im August 2012 ist es nach 18 Jahren Verhandlungszeit gelungen, die WTO-Mitgliedschaft zu ratifizieren. Durch die Verpflichtungen bei den Zollbestimmungen werden sich für Russlands Handelspartner Erleichterungen ergeben, obwohl abzuwarten bleibt, wie die russischen Behörden die Vertragsbestimmungen umsetzen werden.

Russlands Rolle als globaler ökonomischer Akteur ist negativ gekennzeichnet durch die weit verbreitete Korruption und das undemokratische politische Klima. Das Land ist daran interessiert, die internationale Zusammenarbeit für sein technokratisches Modernisierungskonzept zu nutzen. Dabei stößt Russland aber auch an Grenzen westlicher Modernisierungskonzepte, bei denen demokratische Werte im Vordergrund stehen.

In seiner unmittelbaren Nachbarschaft demonstriert Russland zunehmend Dominanz. Das wichtigste Instrumentarium dazu ist die Euro-Asiatische Union, die sich konzeptionell an der Europäischen Union orientiert. Mitgliedstaaten sind die Russische Föderation, Belarus, Kasachstan, potenzielle Mitglieder sind Kirgisien und Tadschikistan. Im Unterschied zum Integrationsmodell der Europäischen Union geht die Dynamik der Integration in dieser Region jedoch nicht von allen Staaten gemeinsam aus – sie wird von Russland bestimmt.

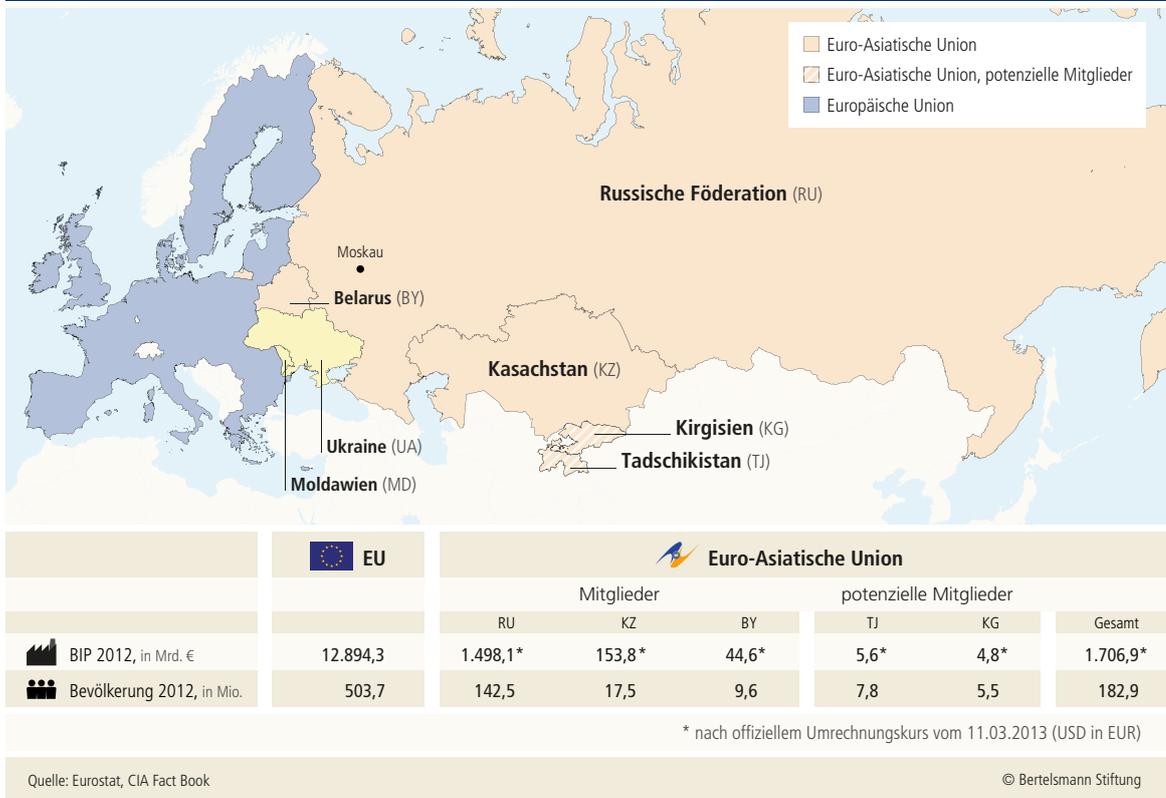
Der Kreml versucht, Integration mit Mitteln wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit zu schaffen. Die institutionellen und persönlichen Zuständigkeiten bleiben bisher nur schwer verständlich. In diesem Rahmen konnten zu Beginn des Jahres 2010 eine gemeinsame Zollunion und ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit Belarus, Kirgisien und Tadschikistan unter der Dominanz Russlands geschaffen werden. Dem folgte zum 1. Januar 2012 ein gemeinsamer Wirtschaftsraum.

Problematisch an diesen postsowjetischen Institutionen ist, dass sie die Zusammenarbeit mit der EU verhindern. Dieser Interessenkonflikt war der Grund, warum sich die Ukraine bisher weigerte, dem Euro-Asiatischen Integrationsraum beizutreten. Russland hat darauf mit hohen Gaspreisen reagiert. Die Ukraine zahlt derzeit 430 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas, während Belarus nur 166 US-Dollar entrichtet. Es bleibt abzuwarten, zu welchen Ergebnissen die direkten Verhandlungen zwischen den Präsidenten Putin und Janukowytch führen. Ohne ein transparentes Institutionengefüge und ohne die Ukraine als Mitgliedstaat bleibt die Euro-Asiatische Union ein Papiertiger ohne demokratisches Handlungspotenzial.

Europäische Strategien

Die EU hat ihre Politik bisher nur bedingt an die neuen politischen Entwicklungen im System Putin angepasst. Russland ist insbesondere interessiert an der Modernisierungspartnerschaft und den sich daraus ergebenden Aufgaben, wie der Implementierung des WTO-Beitritts oder der Einführung eines visafreien Reiseverkehrs. Beim visafreien Reiseverkehr konnte – dank des Engagements des polnischen Außenministers Sikorski und der Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung – eine Sonderregelung für das Gebiet Kaliningrad und das nördliche polnische Gebiet unterzeichnet werden. Im März 2013 kündigte die Bundesregierung den visafreien Reiseverkehr für Inhaber russischer Dienstpässe an. Das System Putin wird dies im Interesse der eigenen Elite begrüßen. Der Nutzen für die russische Bevölkerung wird aber begrenzt sein.

Die EU und die Euro-Asiatische Union im Vergleich



Der EU-Russland-Gipfel im Dezember 2012 in Brüssel reflektierte Sachstand, Perspektiven und Probleme der bilateralen Beziehungen. Aktuell ganz oben steht derzeit die Krise der europäischen Integration, die die europäische Staatengemeinschaft unter größten Handlungsdruck setzt. Für Russland ist die Euro-Krise ein weiteres Argument, warum die EU nur noch begrenzt ein attraktiver Partner ist. Hinzu kommt der dritte Europäische Energiepakt, der in Moskau als gegen Russland gerichtet interpretiert wird.

Als Alternative zur EU sieht Russland für sich und seine Nachbarstaaten die Euro-Asiatische Union. Um dieser Union gegenüber der EU Nachdruck zu verleihen, tritt die russische Regierung als Sprecher und Gestalter der Euro-Asiatischen Union auf, was in der EU auf Unverständnis stößt. Administrativ bleibt die Euro-Asiatische Union aus der Brüsseler Perspektive ein Papiertiger. Politisch kritisieren die Mitgliedstaaten die Dominanz Russlands über seine Nachbarn. Von der EU wird Russlands Rolle in der Euro-Asiatischen Union lediglich

unter der Konditionalität geteilt, dass Russland die Union nur nach den Regeln der WTO gestalten kann.

Die Modernisierungspartnerschaft hat weiterhin große Bedeutung für die europäisch-russischen Beziehungen, wobei Russland technokratische Interessen verfolgt und die EU die Bedeutung der Zivilgesellschaft als Bestandteil der Modernisierung unterstreicht. Außerdem hat die russische Diplomatie nur wenig Interesse an Verhandlungen mit dem vielschichtigen europäischen Institutionengefüge. Stattdessen bevorzugt es der Kreml, seine Beziehungen mit den EU-Mitgliedstaaten auf Augenhöhe zu gestalten.

Bisher ist es der EU noch nicht gelungen, einen neuen Grundlagenvertrag mit Russland auszuhandeln. Obwohl das noch gültige Abkommen von 1997 seine Attraktivität verloren hat, wollte es keine der beiden Seiten aufkündigen, um keine negativen Signale für die Zusammenarbeit auszusenden. Verglichen mit den derzeitigen politischen Realitäten manifes-

tiert das Abkommen nicht die Grundlagen für eine umfassende Partnerschaft basierend auf gemeinsamen Werten und Normen. Polen, die baltischen Staaten, aber zunehmend auch die anderen EU-Staaten kritisieren die Verletzung demokratischer Werte durch die russische Regierung und deren Dominanz über die Nachbarstaaten, wie die Resolution des Bundestages „Durch Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit in Russland stärken“ vom 6. November 2012 zeigt.

Die bilaterale Kritik führt die Beziehungen zwischen der EU und Russland in eine Sackgasse. Deren Auflösung würde einen breiter angelegten politischen Diskurs, die Entwicklung von Netzwerken und eine wissenschaftliche Analyse der Lage in Russland erfordern und darauf aufbauend die Neujustierung der Beziehungen. Das Ergebnis dieses Diskurses könnte in ein neues Abkommen münden, dessen europäische Tragweite während des Ratifizierungsprozesses in den Mitgliedstaaten unter Beweis zu stellen wäre.

Modernisierungsdebatte als Schlüsselmoment

Das Verständnis von und das Interesse an Modernisierung sind Schlüsselmomente in den europäisch-russischen Beziehungen. Russlands Modernisierung und seine Attraktivität als Partner der EU basieren auf russischem Öl und russischem Gas. Das System Putin hat durch institutionelle Veränderungen auf die Entwicklungen im europäischen Energiemarkt reagiert. So hat die russische BP-Tochter „BP-TNK“ 50 Prozent an den Staatskonzern Rosneft verkauft und einen Aktientausch durchgeführt. Rosneft liegt mit der Produktion von 10,37 Millionen Barrel Öl pro Tag noch vor den ölproduzierenden Ländern im arabischen Raum und ist der weltweit größte Produzent von Rohöl. Rosneft ist administrativ schwach, gilt jedoch als tragende Säule des Systems Putin.

Die Handlungsfähigkeit des russischen Staates ist von den Preisen auf dem Weltenergiemarkt abhängig. Für die Lieferung von Öl und Gas nach Europa ist Russland ein wichtiger Partner.

Darüber hinaus sind die Potenziale für Import und Export noch nicht ausgeschöpft. Um Russland attraktiv für den Mittelstand zu machen, erneuerbare Energien und das Humankapital der russischen Bevölkerung durch berufliche Bildung zu nutzen, bedarf es eines umfassenden Konzepts der Modernisierung. Dabei überschneiden sich die Interessen Russlands mit denen des Westens. Die russische Gesellschaft muss diese Prozesse mitgestalten, um selbst davon zu profitieren.

Die Modernisierung Russlands und seine unübersehbaren Defizite auf dem Weg zu einem globalen Gestalter von Politik und Wirtschaft bleiben eine Herausforderung auf der politischen Agenda des Landes ebenso wie für die europäischen Partner. Dies resultiert aus der geopolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Landes. Ein Schlüsselmoment dazu wäre ein pluralistischer Diskurs über Modernisierung im Land, verbunden mit westlicher Expertise. Dazu bedarf es internationaler Erfahrung, wie sie bei internationalen Organisationen wie Weltbank und IWF vorhanden ist. Allerdings ist Russland viel zu unabhängig und energiereich, als dass es sich durch Vorgaben von außen beeinflussen lassen würde.

Westliche Akteure sind gut beraten, Konzepte gemeinsam mit russischen Partnern zu entwickeln. Der Schlüssel des Erfolgs liegt im Diskurs und in der Kooperation zwischen Europa und Russland. Strategisch kann die Vorgehensweise aber nicht immer auf gleicher Augenhöhe erfolgen, sondern es gilt, die unterschiedlichen Interessen zu einer gemeinsamen Roadmap zu verbinden. Russland muss sich von einem Rentierstaat zu einem Staat mit moderner Wirtschaft und einer leistungsfähigen Mittelschicht entwickeln. Dazu muss das System Putin den Rahmen für gesellschaftliche Teilhabe erweitern und seine wirtschaftlichen Erfolge nachhaltig stärken, um das Land zu einer nachhaltigen Modernisierung zu befähigen. Dabei geht es nicht um einen von außen getragenen Regimewechsel, sondern um den Abbau von Modernisierungsrückständen.

Die russische Regierung bewertet die EU nur begrenzt als Partner für die Modernisierung, da die EU von der Euro-Krise geprägt und durch

die Entscheidungsprozesse zwischen 27 Mitgliedstaaten blockiert ist. Auf der Suche nach Partnern für die Modernisierung richtet sich Russland daher an die Institutionen der Globalisierung. Seit August 2012 ist Russland Mitglied in der WTO, signalisiert Interesse an der Vollmitgliedschaft in der OECD und ist bereits der OECD-Konvention zur Korruptionsbekämpfung beigetreten. Eine Vollmitgliedschaft würde Russland an wichtige Grundsätze für einen modernen Staat mit gesellschaftlicher Verantwortung binden: Freihandel, unabhängige Justiz, Wissenschaft und Technologie, ein leistungsfähiges Bildungssystem, Sozialpolitik, wettbewerbsfähige Regierungsführung sowie Verpflichtungen zur staatlichen Entwicklungshilfe nach den Vorgaben der Vereinten Nationen.

Die OECD-Standards können als Wegweiser für die Modernisierung Russlands genutzt werden. Die Mitgliedschaft in der G8 und G20 nutzt die russische Regierung zur Mitgestaltung der globalen Agenda. Dazu bietet sich insbesondere die Präsidentschaft in den jeweiligen Formaten an. 2013 wird Russland den Vorsitz in der G20 haben, 2014 in der G8. 2015 wird Deutschland von Russland den Vorsitz der G8 übernehmen. Daraus und aus den genannten Formaten ergeben sich globale Gestaltungsmöglichkeiten für Brüssel und den Kreml.

Andererseits ist Russland dazu aufgefordert, die Tragfähigkeit seines Modernisierungskonzepts unter Beweis zu stellen. Die Grenzen des technokratischen Konzepts zeigen sich in den öffentlichen Protesten ebenso wie im Rentiercharakter der Wirtschaft. Die EU ist gut beraten, Russlands Interessen an den globalen Institutionen zu nutzen: Sie eröffnen Möglichkeiten für neue Dialogformate. Daraus ergeben sich Anknüpfungspunkte, das Verständnis von Modernisierung neu zu bestimmen und die derzeitige Lücke zwischen den gemeinsamen Interessen und den differierenden Werten der EU und Russlands zu verringern. Das Defizit an gemeinsamen Werten entwickelt sich immer mehr zu einem Mangel an Wissen übereinander – über Akteure, Prozesse und Politikfelder.

Eine wichtige Aufgabe Europas ist die Etablierung von Kompetenzzentren zur politiknahen Analyse Russlands, die unter Einbeziehung

Russlands und der anderen postsowjetischen Staaten an einer Neuausrichtung der Beziehungen arbeiten: Aus einer neuen institutionellen Vorgehensweise, aus Analysen und neu gebildeten Netzwerken lässt sich eine Roadmap zu einem neuen europäisch-russischen Grundlagenvertrag entwickeln, der für beide Seiten attraktiv und richtungsweisend ist.

Die erfolgreiche Neugestaltung der Beziehungen der EU zu Russland ist eine aktuelle Testfrage europäischer Handlungsfähigkeit. Als globaler Akteur muss die Europäische Union mit einer Stimme sprechen, um in Energie- und Sicherheitsfragen gegenüber Russland handlungsfähig zu sein. Ein attraktiver Partner für ein modernes Russland ist die EU nur dann, wenn es ihr gelingt, ihre Finanzkrise zu überwinden. Dazu muss die EU neue Wege der Kooperation und institutionellen Zusammenarbeit entwickeln und umsetzen, wie zum Beispiel abgestufte Integration durch Teilmitgliedschaft in einer Freihandelszone.

Historisch betrachtet ist das Zusammenspiel zwischen Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union ein Erfolgsrezept zur Steigerung von Prosperität und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent. Vorreiter für die Entwicklung innovativer europäisch-russischer Beziehungen sollten die EU-Mitgliedstaaten sein, die durch gemeinsame Interessen und Werte mit Russland verbunden sind: Deutschland, Finnland und Polen. ■

Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Transformationsindex BTI 2012, Politische Gestaltung im internationalen Vergleich*. Gütersloh, 2012.

Cornelius Ochmann, Andrei Zagorski, *Den Stau auflösen: Die EU und Russland 2008*. spotlight europe, Nr. 1, 2008.

Thomas Carothers, Maria Lipman, Nikolay Petrov, *Russia 2020. Scenarios for the Future*. Carnegie Endowment for International Peace (Hrsg.), Washington, D.C. 2011.

Nikolay Petrov, Maria Lipman, Thomas Carothers, *Russia 2020: Scenarios for the Future*. Washington, D.C. 21. April 2011

Alexander Dynkin (Hrsg.), *Strategic Global Outlook 2030*. Extended version (in Russian). Moskau, 2011.

Reinhard Krumm, Sergei Medvedev, Hans-Henning Schröder, *Constructing Identities in Europe. German and Russian Perspectives*. Baden-Baden, 2012.

Igor Jurgens, Sergej Kulik, *Vetschn'nie sputniki. Rossija i Evropa v menjajuschemsja mire*. Moskau, 2013. (Sputniks für immer. Russland und Europa in einer sich ändernden Welt)

Pami Aalto (Hrsg.), *Russia's Energy Policies. National, Interregional and Global Levels*. Tampere, 2012.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81313

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2013/02
Syrien – Vom Aufstand zum Krieg
Christian-P. Hanelt & Kristin Helberg

spotlight europe # 2013/01
Vive l'Europe! Vive l'Union!
Joachim Fritz-Vannahme

spotlight europe # 2012/07
Die Union gegen die Banken
Stefani Weiss & Isabell Hoffmann

Alle Ausgaben des „spotlight europe“
stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight